

sympathisch ist. Die FDP hält sich moderat in der Mitte.

Wieder einmal hat eine politische Debatte etwas von *Gespenserschlacht* an sich. Wo eine ernsthafte Auseinandersetzung über eine schwerwiegende Sache gefordert wäre, verlegen sich die einen – die Mehrheit der SPD-Sprecher – auf ein polemisches Nein, die anderen – die vorderste Front der CDU-Sprecher – auf ein zu wenig kritisches Ja. Warum? Weil statt über die neuen Medien von den einen wie den anderen uneingestanden viel zu oft über die alten geredet wird. Die SPD kaschiert mit anthropologischen Argumenten ihre Vorliebe für den – ihr günstigen – öffentlich-rechtlichen Status quo. Die CDU relativiert die Gefahren der neuen Medien, weil ihr der Status quo nicht entgegenkommt. Allerdings haben die *Meinungsunterschiede zwischen zwei CDU-Ländern* um das Pilotprojekt Mannheim/Ludwigshafen einen sachlichen Fortschritt gebracht. Rheinland-Pfalz läßt sich jetzt auf das Experiment ein – das auf einen Beschluß *aller* Ministerpräsidenten zurückgeht – und eröffnet damit die Chance, daß die Diskussionen mit Fakten bestückt werden. Baden-Württemberg hält sich zurück, um noch einmal das Gespräch mit Experten und den anderen politischen Lagern zu suchen und so ein möglichst einvernehmliches Handeln *aller* Verantwortlichen zu ermöglichen.

Und die Kirchen? Sie könnten eine Schiedsrichterrolle spielen, tun sich dabei aber nicht ganz leicht, weil sie auch von den Bazillen angesteckt sind, die in der politischen Diskussion ihr Wesen treiben. Katholische Erklärungen – insbesondere die wichtigste, nämlich diejenige der publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz vom 7. Juni 1979 – kommen von der Beschwörung der Gefahren („zunehmende Abhängigkeit von Informationen aus zweiter Hand“) relativ schnell zu einem prinzipiellen Ja, unter der Bedingung, daß die Beteiligung der Kirche gesichert und eine „vorschnelle Einordnung“ der Medien in die bestehenden Strukturen vermieden werden kann. Die offiziellen EKD-Stellungnahmen lauten ganz

ähnlich, werden aber kontrastiert durch andere evangelische Stimmen, deren klares Nein vor allem ein ebenso klares Ja zu den bestehenden Anstalten ist. Die Funkhäuser selber opponieren nach dem Motto: Kabelfernsehen ist gefährlich – solange es nicht in unserer Regie betrieben wird.

Die Diskussion wird in dem Ausmaß an Niveau gewinnen, in dem man von den jeweils eigenen Interessen ab- und auf die Sache selber hinsieht. Von *zwei festen Punkten* kann man dabei ausgehen: Die Bundesrepublik ist keine Insel der Seligen, sie kann eine neue Technologie nicht dadurch bewältigen, daß sie sie ignoriert. Und: weil das Monopol der bestehenden Anstalten seine verfassungsrechtliche Basis verliert (insofern der Frequenzmangel als Begründung gegenstandslos wird), wird niemand freie Träger, also auch

private, von den neuen Medien ausschließen können, ohne das Grundrecht der Informationsfreiheit zu tangieren. Der Streit „privat“ oder „öffentlich-rechtlich“ ist sinnlos. Gefragt ist ein den neuen Bedingungen angemessener ordnungspolitischer Rahmen.

Noch wichtiger ist, daß man sich eine gesunde Skepsis gegenüber den neuen Kommunikationstechnologien bewahrt. *Begeisterung* wie über ein neues Spielzeug – die Werbung nennt so etwas „Freizeitpaß“ – wird gewiß nicht zur Beherrschung dieser technischen Entwicklung führen. *Skepsis* vielleicht. Deshalb wäre es für die Kirchen in diesem Fall sicher richtig, auf der Seite der Skeptiker zu stehen – was eine engagierte Teilnahme an der öffentlichen Bewußtseinsbildung keinesfalls ausschließen sollte. J. B.

Eine neue Zeitung?

Ab Januar wird der deutsche Zeitungsmarkt um eine Wochenzeitung ärmer sein. Die „Deutsche Zeitung“ (früher „Christ und Welt“) wird mit dem „Rheinischen Merkur“ fusioniert; soweit von Fusion in diesem Fall die Rede sein kann. Denn es werden nicht zwei selbständige Unternehmen zu einer neuen Verlagsgesellschaft vereinigt, sondern die im Besitz der nordrhein-westfälischen Bischöfe und des Erzbistums Freiburg befindliche „Rheinische Merkur Verlag GmbH“ hat sämtliche Geschäftsanteile der Deutschen Zeitung/Christ und Welt GmbH von der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck gekauft. Das Fusionsprodukt wird als „Rheinischer Merkur“ mit „Christ und Welt“ im (kleingedruckten) Obertitel erscheinen. Die ab Januar angebotene Zeitung wird also – und so war es sicher von den Käufern auch gedacht – der „neue“ Rheinische Merkur unter dessen bisheriger Herausgeberschaft und nicht die alte Deutsche Zeitung plus Rheinischer Merkur sein. Doch werden beträchtliche Teile der Redaktion von Christ und Welt übernommen und eine Reihe von bisherigen Mitarbeitern des „Rheinischen Merkur“ nicht mehr

oder nur noch auf Honorarbasis bei der neuen Zeitung mitarbeiten. Soweit Ende November bekannt war, werden die Ressorts ziemlich gleichmäßig auf RM- und DZ-Redakteure verteilt sein. Der Chefredakteur, der erst nach längerem Hin und Her zugesagt hat, der Katholik *Ludolf Herrmann*, kommt ebenfalls von der Deutschen Zeitung, während der langjährige frühere Chefredakteur des Rheinischen Merkur, der 69jährige *Anton Böhm*, wie schon bisher als Berater der Chefredaktion weiter verpflichtet wurde.

Als im Oktober der Verkauf der „Christ und Welt“-Anteile des Holtzbrinck-Konzerns an die bischöflichen Eigentümer des „Rheinischen Merkur“ bekannt wurde, hat weniger die Tatsache der Zusammenlegung als die Art der Fusion und deren Zeitpunkt überrascht. Von Fusionsgesprächen war schon lange die Rede gewesen, da beide Unternehmen stark defizitär arbeiteten und die Auflagen (IVW Verkaufs-Auflage der „Deutschen Zeitung“ 134 000, des „Rheinischen Merkur“ 63 000) stagnierten. Doch war es bis zuletzt eher umgekehrt erwartet worden. Georg von Holtzbrinck ver-

folgte längere Zeit den Plan, den katholischen „Rheinischen Merkur“ und das protestantisch-norddeutsche „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ mit der konservativ-CDU-nahen „Deutschen Zeitung“ zu einem konservativen Gegengewicht zur bürgerlichen und sozial-liberalen „Zeit“ zu vereinen. Aber die evangelischen Eigentümer des Sonntagsblattes lehnten ab, und die bischöflichen Eigentümer des „Rheinischen Merkur“ wollten von Holtzbrinck nur eine Minderheitsbeteiligung gestatten. Damit geriet von Holtzbrinck mit der ebenfalls wie der „Rheinische Merkur“ defizitären Deutschen Zeitung wirtschaftlich in Zugzwang, und die Eigentümer des „Rheinischen Merkur“ griffen zu. Die Kaufsumme, die gehütetes Geheimnis bleiben sollte, wird spekulativ mit 8 Millionen aufwärts angegeben. Über die Höhe der Startsubventionen darf man spekulieren, auch über später fällige Zuschüsse. Daß auch der Käufer unter Druck stand, zeigte der Zeitpunkt, zu dem das neue Projekt bekanntgegeben worden ist, bzw. die fast wunderbar kurze Frist, die man sich für die Verwirklichung gesetzt hat. Als die Fusion bekanntgegeben wurde, war weder ein journalistisches Konzept noch ein Werbekonzept vorhanden noch ließen sich sichere Voraussagen über die Zusammensetzung der künftigen Redaktion machen. Und offenbar gab es in diesem Punkt auch noch einiges Umdenken, denn ursprünglich war ziemlich offenherzig verlautet worden, man werde die Merkur-Redakteure größtenteils weiterbeschäftigen und für die nicht übernommenen DZ-Redakteure werde es im großen Holtzbrinck-Konzern genügend Ersatzpläne geben. Lediglich einen Chefredakteur schien man zu haben, und auch dieser ließ sich erst bitten.

Inzwischen scheinen die Personalfragen freilich im wesentlichen geklärt zu sein. Vom redaktionellen Konzept kann man sich überraschen lassen. Welches Schicksal die neu-alte Zeitung erfahren wird, ist indessen völlig offen. Außer Zweifel steht, daß die kirchlichen Eigentümer für das Projekt weder die Kosten scheuen noch der Zei-

tung von vornherein ein zu enges, gar konfessionelles Korsett anlegen wollen, auch wenn es zu beidem innerhalb der Bischofskonferenz unterschiedliche Meinungen geben dürfte. Es sieht auch so aus, als ob der alte Traum von „Publik“ noch nicht gestorben sei und daß man meint, diesen in einem politisch wie kirchlich anderen Rahmen eher verwirklichen zu können, indem man mit dem Projekt gleichsam eine ökumenische Dimension verbindet. Ist das aber eine Basis für einen kalkulierbaren Erfolg? Es scheint, als würden zum Teil recht einfache Rechnungen aufgemacht, so als ob man die Abonnenten der beiden bisherigen Zeitungen – mit einem geziemenden Abschlag natürlich – nur zu addieren bräuchte. Wenigstens wird mittelfristig – sonst hätte man das Projekt vernünftigerweise gar nicht starten können – mit einer zu verkaufenden Auflage auf der Höhe der bisherigen DZ-Auflage oder darüber gerechnet.

An öffentlicher Zustimmung hat es dem neuen Projekt nicht gefehlt. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident *Bernhard Vogel*, seinerzeit einer der entschiedensten Förderer von Publik, verspricht sich von der neuen Zeitung „ein starkes und großes, christlich fundiertes Wochenblatt“. Der ehemalige ZdK-Präsident findet es zudem an der Zeit, „daß Christen verschiedener Konfession nicht nur in einer Partei zusammenarbeiten, sondern auch ein gemeinsames Sprachrohr haben“. Und der Chefredakteur der KNA, *Konrad Krämer*, feierte die Fusion gar „als denkwürdigen Tag in der christlichen Presse“, allerdings nicht ohne auf das Risiko hinzuweisen, das die Bischöfe damit eingegangen sind.

Fragt man allerdings etwas genauer in Fachkreisen herum, so stieß man in den Wochen nach der Bekanntgabe der Fusion kaum einmal auf ungetrübte Zustimmung, eher auf Verwunderung darüber – und zwar bis hinein in die Gesellschaftsversammlung der Medien-Dienstleistungsgesellschaft, die sich trotz engem personellem Zusammenhang zwischen dieser und der Geschäftsführung des „Rheinischen Merkur“ übergangen fühlte –, daß man sich auf das für die beteiligten Di-

özesen und für die Kirche in der Bundesrepublik möglicherweise sehr verlustreiche Geschäft eingelassen habe.

Von evangelischer Seite war bisher mehr Bedauern als Zustimmung zu hören. Und diese knüpft sich vorwiegend an die Erwartung, daß es dem „Rheinischen Merkur“ gelingen möge, auch Profil im Sinne des evangelischen Lesers zu zeigen.

Die beiden Verlage haben sich in getrennten und textlich unterschiedlich formulierten Erklärungen bemüht zu zeigen, wie nah beieinander die beiden Zeitungen bereits bisher sowohl politisch wie kirchlich wie von der Leserschaft her gewesen sind. Gerade das aber ist die Frage. Politisch war die „Deutsche Zeitung“ christlich-demokratische Mitte mit offener Tendenz, während der „Rheinische Merkur“ pointiert christlich-demokratischen Traditionalismus verfochten hat. Die bisherige Herausgeberschaft des alten (und des neuen) Merkur deckt politisch nicht mehr ab als das Spektrum eines CSU-Parteitages. (Überlegungen, das Herausgebergremium zu erweitern, schienen Anfang Dezember noch nicht weit gediehen zu sein.) Bei der Redaktion könnte es freilich anders sein. Aber vor allem in der Leserschaft sind die beiden bisherigen Zeitungen nur schwer zu verbinden. Das kulturelle Erbe des rheinischen oder badischen Katholizismus und des süddeutschen, liberal oder pietistisch geformten Protestantismus ist doch recht verschieden.

Glaubt man der Erklärung des „Rheinischen Merkur“, dann ist mit dem neuen-alten Blatt die Absicht maßgebend verbunden, dem „entschiedenen christlichen Volksteil“ ein Organ mit klar bestimmter Position zu schaffen. Aber die „entschiedenen Christen“ haben es ohnehin mehr denn je nötig, die nichtchristlich firmierende Presse zu lesen, schon um sich keine Illusionen über ihr gesellschaftliches Umfeld zu machen. Und die entschiedenen Christen unter den Journalisten sind mehr denn je in den profanen Medien nötig, wo sie viel zu wenige sind. Dennoch möchte man dem Projekt Glück wünschen.

D. S.